




Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien


Siegmond Ehrmann, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

**Platz der Republik 1
11011 Berlin**

**Jakob-Kaiser-Haus
Raum 1.448**


 (030) 227 – 77 654


 (030) 227 – 76 654


 siegmund.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis

Hopfenstraße 4
47441 Moers


 (02841) 99 805 99


 (02841) 99 805 88


 siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

Wahlkreis

Südwall 38
47798 Krefeld

 (02151) 31 96 50

 (02151) 82 07 611

 siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 19. Juni 2008

Bericht aus Berlin 09/2008

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

seit zehn Jahren regieren wir Sozialdemokraten Deutschland. In dieser Zeit mussten wir zum Teil harte Entscheidungen treffen, um unser Land wieder zu einem Motor für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung in Europa zu machen.

Unsere Gesellschaft ist heute liberaler, toleranter und offener. Deutschlands Wirtschaft ist heute moderner und wettbewerbsfähiger.

Wir haben, trotz weltwirtschaftlicher Risiken, einen kraftvollen Aufschwung erreicht und die gute wirtschaftliche Entwicklung hält an. Mit 40 Millionen Beschäftigten sind mehr Menschen in Arbeit als je zuvor. Allein im letzten Jahr haben mehr als eine halbe Million Menschen einen regulären Arbeitsplatz gefunden. In diesem Jahr kön-



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

nen wir es schaffen, die Grenze von drei Millionen Arbeitslosen zu unterschreiten. Wir haben also allen Grund, selbstbewusst aufzutreten.

Fünfzehn Monate vor der Bundestagswahl sollten wir uns deshalb von Stimmungen nicht in die Irre leiten lassen. Wichtig ist jetzt, dass wir endlich aufhören, uns mit uns selbst zu beschäftigen. Denn nur dann können wir an Boden und an Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern hinzugewinnen.

Partei und Fraktion haben in den letzten Wochen und Monaten wichtige Standortbestimmungen für die Menschen vorgenommen: Wir haben als erste die Notwendigkeit des Umsteuerns in der frühkindlichen Förderung erkannt. Zum einen, um durch frühe Betreuung die Bildungschancen zu steigern, zum anderen, um Müttern und Vätern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.

Wir haben durch die Erhöhung und Ausweitung des BAföG mit dazu beigetragen, dass Studium und Bildung nicht wieder zum Privileg für Kinder von besser verdienenden Eltern wird.

Wir werden in dieser Woche in der Fraktion einen Maßnahmenkatalog verabschieden, der das Recht auf Nachholen eines Hauptschulabschlusses für alle festschreibt. Es ist ein Skandal der länderverantworteten Schulpolitik, dass 20 Prozent der Hauptschüler ohne Abschluss ins Leben gehen. Diese Benachteiligung dürfen wir den jungen Menschen nicht zumuten. Wir können uns diese Vergeudung von Bildungsreserven auch gar nicht erlauben, wenn wir dem zu Mitte des nächsten Jahrzehnts explodierenden Fachkräftemangel entgegenwirken wollen.

Gute Bildung ist die Voraussetzung, möglichst allen Bürgerinnen und Bürgern gute und gut entlohnte Arbeit zu ermöglichen. Wir haben mit der von der rot-grünen Koalition initiierten Arbeitsmarktreform fast zwei Millionen Menschen in neue Beschäftigung gebracht. Jetzt kommt es darauf an, diese Beschäftigung zu verstetigen und viele noch zu schlecht bezahlte Jobs in gute Arbeitsverhältnisse zu überführen.



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

Zur Verteilungsgerechtigkeit gehört es, dass Mindestlöhne festgeschrieben werden. Wir nutzen da die gesetzlich vorhandenen Spielräume, um zu einem Mindestlohn für möglichst alle Branchen zu kommen. Zur Leistungsgerechtigkeit gehört es aber auch, dass die in manchen Branchen überwuchernden Gehälter von Managern eingedämmt werden. Das ist nicht durch populistische Versprechungen, sondern nur durch begrenzte gesetzliche Vorgaben möglich.

Guter Arbeit soll im letzten Lebensabschnitt ein auskömmendes Ruhegehalt folgen. Angesichts der demographischen Entwicklung ist das nur möglich, wenn das Rentenalter langfristig - bis zum Jahr 2029 - schrittweise auf 67 Jahre angehoben wird. Wir wissen, dass dieser notwendige Schritt von vielen als Belastung empfunden wird. Deswegen haben wir einen Katalog flexibler Übergänge erarbeitet für alle, die aus gesundheitlichen Gründen einer verlängerten Arbeitszeit nicht standhalten können. Wir wollen gleichzeitig die Möglichkeiten der Altersteilzeit reformieren. Bedingung dafür ist allerdings, dass dieser Vorteil älteren jungen Arbeitssuchenden zugute kommt.

Unsere Reformpolitik belegt, dass wir Arbeitslosigkeit nicht nur bekämpfen, sondern auch besiegen können. Das Ziel der Vollbeschäftigung ist erstmals wieder in erreichbare Nähe gerückt. Wir dürfen es jetzt nicht mehr aus den Augen verlieren, sondern müssen den eingeschlagenen Weg weiter gehen. Auch dadurch, dass wir die Instrumente des Arbeitsmarktes weiter straffen und effizienter machen.

Auf unserem Zukunftskongress in Nürnberg haben wir eine Überschrift gefunden, die all diese Anstrengungen treffend beschreibt. Es geht uns um Aufstieg und Gerechtigkeit. Um den Aufstieg des Einzelnen durch Bildung und gute Arbeit, um den Aufstieg unserer Wirtschaft durch Innovation, nachhaltiges Wachstum und ökologische Erneuerung und um den weiteren Aufstieg unseres Landes durch eine konsequente Konsolidierungspolitik.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

Wir haben die richtigen Themen: Lasst uns sie selbstbewusst vertreten. Für die Debatten vor Ort während der Sommerpause findet ihr die wichtigsten Vorhaben und Themen aus den verschiedenen Politikbereichen in der beigefügten Dokumentation.

Mit freundlichen Grüßen



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

Bilanz und Ausblick

Finanzen/Haushalt

In den kommenden Wochen und Monaten, bis hin zur Bundestagswahl, geht es in der Haushalts- und Steuerpolitik der großen Koalition darum, den gemeinsam definierten Kurs zu halten: Es gibt keinen Grund, vom Pfad der nachhaltigen **Haushaltskonsolidierung** abzuweichen. Alle Bundesminister und die Bundeskanzlerin sind aufgefordert, den Bundesfinanzminister dabei zu unterstützen, Anfang Juli im Kabinett einen Haushaltsentwurf 2009 zu verabschieden, der die Nettokreditaufnahme des Bundes weiter zurückführt und damit einen weiteren Schritt hin zum ausgeglichenen Bundeshaushalt realisiert. Nur ein Staat, der wieder neue Spielräume erwirtschaftet, kann für die Menschen neue Chancen schaffen.

Wir werden eine nachhaltige Begrenzung der öffentlichen Kreditaufnahme und einen auch weiterhin handlungsfähigen Staat nur erreichen können, wenn die Steuereinnahmehasis des Staates durch weitere Maßnahmen gesichert wird.

Ein zentrales Projekt in diesem Zusammenhang ist die Verabschiedung eines verfassungskonformen neuen **Erbschaftsteuerrechts**, das zwingend bis zum 1. Januar 2009 in Kraft treten muss.

Die bekannt gewordenen Fälle von **Steuerhinterziehung** und -Vermeidung haben deutlich vor Augen geführt, dass die bestehenden gesetzlichen Kontroll- und Sanktionsregelungen einer grundsätzlichen Überprüfung im Hinblick auf ihre Wirksamkeit bedürfen. Hier sollten aus unserer Sicht bis zur Bundestagswahl noch weitere Schritte erfolgen. Die AG Finanzen hat dazu einen Koalitionsantrag erarbeitet, der derzeit dem Koalitionspartner zur Abstimmung vorliegt. Wichtige Anliegen sind die Verschärfung der Kapitalbesteuerung in Europa, die Notwendigkeit der Austrocknung der Steueroasen, aber auch ein effizienterer Steuervollzug durch die Landesfinanzbehörden.



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

Die konsequente und gleichmäßige Ausschöpfung aller zur Verfügung stehenden Steuerquellen ist zudem eine wichtige Voraussetzung für Steuergerechtigkeit: Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode erreichen, dass die sog. **Reichensteuer** nicht erst bei einem jährlichen Einkommen von 250.000 Euro für Alleinstehende bzw. 500.000 Euro für Verheiratete einsetzt, sondern bereits bei der Hälfte, nämlich bei 125.000 Euro bzw. 250.000 Euro. Auch eine Wiederbelebung der Vermögensteuer werden wir prüfen. Die so erzielten Steuermehreinnahmen sollen für Zukunftsinvestitionen und die Absenkung der Sozialabgaben eingesetzt werden.

Im Herbst wird die vom Bundesverfassungsgericht eingeforderte und bis zum 1. Januar 2010 zu realisierende stärkere steuerliche Absetzbarkeit der **Beiträge in der Kranken- und Pflegeversicherung** umzusetzen sein. Dabei werden wir darauf achten, dass hierbei insbesondere die große Zahl der Leistungsträger der Gesellschaft in der Mittelschicht profitieren - und nicht die ohnehin Wohlhabenden. Hierbei handelt es sich um ein sehr weitreichendes Projekt mit erheblicher Belastungswirkung für die öffentlichen Haushalte.

Weitere steuerpolitische Aufgaben können noch auf uns zukommen, deren Lösungen dann aber so gestaltet werden müssen, dass sie den Weg zum ausgeglichenen Bundeshaushalt nicht versperren. Es seien genannt als Stichworte: mögliche Folgerungen aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgericht zur **Pendlerpauschale**, die im Herbst erwartet wird, die weitere Entwicklung beim **Kinderfreibetrag bzw. Kindergeld** im Kontext des nächsten Existenzminimumberichts und die von uns angestrebte Neugestaltung des geltenden Familienleistungsausgleichs.

Wir machen den **Steuersenkungswettbewerb** der anderen Parteien nicht mit. Wir wollen stattdessen die Sozialabgaben insbesondere bei mittleren und niedrigen Einkommen senken, wodurch auch arbeitsintensive Unternehmen entlastet werden. Dies hat für uns Priorität vor weiteren Steuersenkungen.



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

Wir wissen alle, dass für die arbeitenden Menschen in Deutschland die Sozialabgaben oft ein weit größeres Problem sind als die Steuern. Bis zu einem Jahresbruttolohn von 40.000 Euro sind bei Ledigen die Sozialabgaben höher als die Steuerbelastung. Auch im internationalen Vergleich hat Deutschland moderate Steuersätze, aber zu hohe Abgaben, besonders im unteren und mittleren Einkommensbereich. Deshalb wollen wir im Laufe des nächsten Jahrzehnts eine Sozialabgabenquote von unter 36 Prozent erreichen, ohne dabei das Leistungsniveau der sozialen Sicherungssysteme abzusenken.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird versuchen, noch bis zum Ende der Legislaturperiode in der großen Koalition sinnvolle Maßnahmen gegen die insbesondere in Großunternehmen zu beobachtenden überzogenen **Managervergütungen** durchzusetzen. Gedacht wird an die gezielte Änderung einzelner Gesetzesnormen im Aktien-, Handels- und im Steuerrecht. Die weitverbreitete Behauptung, man könne hier nichts machen, ist falsch. Genauso falsch ist der Vorwurf, wir strebten konkrete gesetzliche Vorgaben oder Deckelungen für bestimmte Vergütungsstrukturen und -höhen an.

Arbeit und Soziales

Wir wollen den **vorsorgenden Sozialstaat**. Zentraler Bestandteil ist die Schaffung von guter Arbeit, also einer Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, von der die Menschen ihren Lebensunterhalt bestreiten und eine Altersversorgung aufbauen können. Armutslöhne sind kein solides Fundament wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung. Die Erfahrungen zeigen: Eine existenzsichernde Lohnuntergrenze bietet einen doppelten Schutz! Sie schützt Beschäftigte und Unternehmen vor existenzgefährdendem und wettbewerbsverzerrendem Lohndumping. In einem ersten Schritt müssen deshalb die acht Branchen in das **Arbeitnehmer-Entsendegesetz** aufgenommen werden, die das bis zum 31. März 2008 beantragt haben.

Mit dem **Mindestarbeitsbedingungengesetz** wollen wir die Branchen erfassen, die aufgrund keiner oder geringer Tarifbindung selber keine Lohntarifverträge mehr



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

durchsetzen können. Beide Gesetze stehen auf der Tagesordnung der Koalition. Die vielfältigen Erfahrungen im Ausland sprechen aus unserer Sicht für einen einheitlichen nationalen **Mindestlohn**. Dafür treten wir Sozialdemokraten ein. Nach dem Vorbild Großbritanniens sollte eine aus Arbeitgebern, Gewerkschaften und Wissenschaftlern zusammengesetzte Mindestlohnkommission die Regierung bei der Festlegung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns beraten.

Für leistungsgerechte Löhne muss der Staat mit gutem Beispiel vorangehen. Wir wollen, dass öffentliche Aufträge nur noch an Auftragnehmer gehen, die Tariflöhne bezahlen. Deshalb werden wir unsere Anstrengungen für eine europarechtskonforme **Tariftreueregelung** fortsetzen.

Wir wollen die Ausweitung atypischer Beschäftigungen verhindern. **Leiharbeit** ist Arbeit auf Zeit und soll keine dauerhafte Beschäftigung sein, sondern dazu dienen, dass Unternehmen kurzfristige Auftragsspitzen oder Ausfälle z. B. durch Krankheit oder Urlaub mithilfe von Zeitarbeitnehmern abdecken können. Atypische Beschäftigungen erhöhen zwar die Flexibilität am Arbeitsmarkt, sind aber im Vergleich zum Normalarbeitsverhältnis deutlich höheren Risiken, sowohl in der Erwerbs- als auch in der Nacherwerbsphase ausgesetzt. Dieses Risiko muss minimiert werden, indem eine solche Beschäftigung nur vorübergehend ausgeübt oder durch eine Arbeitsversicherung besser abgesichert wird. Konkret heißt das u. a.:

- Begrenzung der Minijobs auf 15 Stunden pro Woche.
- Die Leiharbeit soll als Brücke in ein reguläres Arbeitsverhältnis führen und keine Umgehung des Normalarbeitsverhältnisses sein. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss so geändert werden, dass nach einer von den Tarifpartnern festzulegenden angemessenen Einarbeitungszeit für Leiharbeitnehmer die gleiche Bezahlung und die gleichen Arbeitsbedingungen gelten wie für Stammarbeitskräfte. Von dieser Regel soll dann nicht mehr durch Tarifvertrag abgewichen werden können.



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

- Darüber hinaus wollen wir die Betriebsratsposition dadurch stärken, dass Leiharbeiter bei der Ermittlung der Arbeitnehmerzahl für die Schwellenwerte mitgezählt werden müssen. Außerdem müssen die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats in den Entleihbetrieben gestärkt werden, insbesondere bezüglich der Kontrolle eines ordnungsgemäßen Einsatzes der Leiharbeiter und des Umfangs und der Dauer der Leiharbeit im Betrieb. Wir wollen, dass die Richtlinie über Arbeitsbedingungen von Leiharbeitern verabschiedet wird.

Immer mehr Junge Menschen finden nach Abschluss ihrer Berufsausbildung oder ihres Studiums keinen direkten Einstieg in ihren Beruf. Stattdessen starten sie ihren Berufseinstieg über ein **Praktikum**. Aufgrund des verbreiteten Missbrauchs der Praktika besteht aus unserer Sicht ein hoher politischer Handlungsbedarf. Viele Praktikanten werden ohne adäquate Vergütung als normale Arbeitskräfte eingesetzt ohne eine Aussicht auf eine reguläre Anstellung. Dieser Missbrauch muss eingedämmt werden. Vordringliche Aufgaben sind eine gesetzliche Abgrenzung von Praktikums- und Arbeitsverhältnissen. Wir fordern Klarstellungen im Gesetz, damit ein fairer Umgang mit Praktikanten sichergestellt werden kann. Für die Fälle, in denen Praktikanten als normale Arbeitskräfte eingesetzt werden, muss u. a. gesetzlich klargestellt werden, dass sie die übliche Vergütung für ihre Arbeitsleistung beanspruchen können.

Arbeitsmarktpolitik muss aus unserer Sicht stärker auf Qualität setzen. Im Ergebnis bedeutet dies den Ausbau präventiver Elemente, mehr Engagement bei der Qualifizierung, auf den konkreten Einzelfall zugeschnittene Unterstützungsangebote und das Beschreiten innovativer Wege. Qualifizierung ist Kernelement, damit Menschen erst gar nicht arbeitslos werden.

Ein erster Schritt hierfür ist die **Reform der Arbeitsmarktinstrumente**. Die unübersehbare Vielzahl bestehender Instrumente soll reduziert und qualitativ weiterentwickelt werden: Angestrebt wird die Einführung einer Experimentierklausel in der Arbeitsmarktpolitik und eines Vermittlungsbudgets. Die sonstigen weiteren



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

Leistungen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende müssen auf eine solide Grundlage gestellt werden, damit auch künftig Hilfen möglich sind, die die Besonderheiten des Einzelfalles im Auge haben und eine individuelle Förderung ermöglichen. Nicht zuletzt muss auch die Projektförderung rechtlich abgesichert werden.

Ein zentrales Ziel ist die Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit durch Ausbau der **Weiterbildung**. Die Bundesagentur muss sich stärker an präventiven Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik ausrichten. Mehr Weiterbildungsberatung oder die Unterstützung von Weiterbildungsfonds sind hierzu Ansätze. Wir wollen eine „Weiterbildungskultur“, die von den Beschäftigten in Anspruch genommen und aktiv genutzt wird und die eine Struktur erhält, in der die Verantwortung zur Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit von Unternehmen, den Arbeitnehmern, der Bundesagentur für Arbeit und der öffentlichen Hand getragen wird. Der Rechtsanspruch auf Weiterbildung muss konzeptionell und praxistauglich weiterentwickelt werden.

Wir wollen die zweite Chance stärken. Hierzu soll die Förderung ausgebaut und ein Rechtsanspruch z. B. auf **Nachholen des Hauptschulabschlusses** installiert werden, um die Chancen des nachträglichen Erwerbs von Qualifikation zu erhöhen.

Ein wichtiges Ziel für die kommende Legislaturperiode ist der Umbau der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung. Die **Arbeitsversicherung** hat die Aufgabe, Arbeitslosigkeit durch Stärkung der Prävention in der Arbeitsmarktpolitik zu vermeiden und berufliche Übergänge und Erwerbsunterbrechungen sozial abzufedern. Sie soll Übergangsrisiken absichern, um so eine Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit zu erreichen und im Sinne des vorsorgenden Sozialstaates zu verhindern, dass schlecht organisierte Übergänge zu einer Erosion der Beschäftigungsfähigkeit führen. Ein entsprechendes Konzept werden wir im Herbst 2008 vorlegen.

Nachdem das BVerfG die bisherige Zusammenarbeit der **Bundesagentur für Arbeit** mit den Kommunen in Arbeitsgemeinschaften für die Zeit nach 2010 nicht mehr



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

zulässt, erarbeitet eine Bund-Länder-AG Lösungen für einen verfassungskonformen Vollzug von Hartz IV. Dieses Vorhaben müssen wir noch in den kommenden Monaten abschließen. Ziel muss dabei eine bürgerfreundliche und effiziente Vermittlung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen sein, denn noch mehr Langzeitarbeitslose als bisher sollen schnellstmöglich in existenzsichernde Arbeit vermittelt werden.

Für uns Sozialdemokraten ist eine Kernaufgabe der Arbeitsmarktpolitik, der Erhalt und die Fortentwicklung der **Mitbestimmung**, der **Tarifautonomie** und des **Kündigungsschutzes**.

Unsere Mitbestimmung ist ein echter Standortvorteil. Die Beteiligungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf europäischer Ebene müssen wir sichern und gestalten. Die EU-Betriebsrats-Richtlinie muss reformiert und die 14. Richtlinie zur Sitzverlegung verabschiedet werden. Die Arbeitsfähigkeit der Betriebsräte muss auch national und nicht nur auf europäischer Ebene verbessert werden.

Die hohen Preissteigerungen gerade für Lebensmittel sind Anlass zu prüfen, ob die Höhe der **Regelleistung** bei der Grundsicherung und das Verfahren für die regelmäßig stattfindende Überprüfung der Leistungen ausreichend sind, um den Bedarf der Menschen zu decken. Zentral ist für uns, dass die Höhe der Leistung zeitnah und aktuell angepasst wird. Bisher wird die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die maßgeblich für die Bestimmung der Leistungshöhe ist, alle fünf Jahre erhoben. Wir wollen, dass künftig alle drei Jahre eine Erhebung durchgeführt wird.

Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass die Leistungen für Kinder und Jugendliche zu niedrig bemessen sind. Wir sind der Meinung, dass die stärkere **Pauschalierung** der Leistungen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende und in der Sozialhilfe richtig war und ist, um den Menschen mehr Autonomie über ihr Leben und mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu verschaffen. Vorsorge bedeutet aber auch, Hilfen und Unterstützung im Einzelfall und bei außergewöhnlichen Bedarfen bereitzustellen.



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

Hier zeigen sich in der Praxis Defizite und deshalb ist Handlungsbedarf gegeben (z. B. Lernmittelbedarfe, Sonderbedarfe für Kinder, Sondergrößen bei Bekleidung).

Rente

In dieser Legislaturperiode werden wir noch gesetzgeberische Maßnahmen auf den Weg bringen, um durch **Verbesserungen bei der Teilrente**, die **Fortführung der durch die BA geförderten Altersteilzeit** und den **besseren Insolvenzschutz von Arbeitszeitkonten** dafür Sorge zu tragen, dass die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und eine höhere Erwerbsbeteiligung Älterer auch tatsächlich möglich ist: So wichtig und notwendig die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist, um gesund im Beruf alt zu werden, so richtig ist auch, dass es bereits gegenwärtig für viele Beschäftigte in belastenden Tätigkeiten nicht möglich ist, die Regelaltersgrenze zu erreichen. Hier sind flexible Arbeitszeitgestaltungen notwendig, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit gesundheitlichen Einschränkungen ihre Arbeitszeit an ihr Leistungsvermögen anpassen können und die Übergänge aus dem Erwerbsleben in die Rente besser gestaltet werden können. Sowohl die Tarifvertragsparteien, als auch die Akteure in den Betrieben erwarten hier eindeutige rechtliche Rahmenbedingungen, damit sie nach ihren spezifischen Bedürfnissen und Anforderungen Regelungen vereinbaren können. Die SPD hat sich hier mit dem Beschluss des Präsidiums vom 9. Juni 2008 eindeutig geäußert.

Des Weiteren bleibt die Frage weiterhin auf der Tagesordnung, welche Regelungen für leistungsgeminderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschaffen werden können, für die trotz aller Bemühungen der Arbeitsmarkt verschlossen ist. Die Arbeitsgruppe des Parteivorstandes unter Leitung von Elke Ferner wird hierzu bis zum Herbst vorschlagen, ob bzw. in welcher Form im Bereich der **Erwerbsminderungsrenten** Änderungen möglich sind.

Ende 2009 läuft die BA-Förderung der **Altersteilzeit** aus. Wir wollen eine kreative Weiterentwicklung, die auch eine innovative BA-Förderung der Übergänge in den Ruhestand einbezieht, wenn Brücken zu mehr Beschäftigung Jüngerer gebaut



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

werden können. Eine BA-Förderung ist aus unserer Sicht dann gerechtfertigt, wenn damit gesamtgesellschaftliche Ziele gestützt werden. Das ist besonders der Fall, wenn für Jugendliche bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt geschaffen werden können. Deshalb wollen wir die BA-Förderung dann weiterführen, wenn für den ausscheidenden Arbeitnehmer im Gegenzug Auszubildende nach der Ausbildung übernommen werden können. Für kleinere Betriebe soll die Förderung auch gezahlt werden, wenn im Gegenzug Auszubildende eingestellt werden. Darüber hinaus sollten mehr und flexiblere Möglichkeiten in der Zeitgestaltung bei gleitenden Übergängen geschaffen werden. Die bisherigen Regelungen des Altersteilzeitgesetzes sind sehr starr. Es muss künftig möglich sein, die Arbeitszeit deutlich flexibler abzusenken.

Das Bundeskabinett wird am 25. Juni 2008 den **3. Armuts- und Reichtumsbericht** der Bundesregierung beschließen. Angesichts aller öffentlichen Diskussionen und einzelner Äußerungen des Bundeswirtschaftsminister gilt es daran zu erinnern: Dass es auch in dieser Legislaturperiode wieder einen Armuts- und Reichtumsbericht gibt, ist der SPD zu verdanken, die sich hier in den Koalitionsverhandlungen gegenüber der Union durchgesetzt hat.

Klar ist, dass die zentralen Befunde des Berichtes uns nicht befriedigen können: Der Trend zu steigenden Armutsrisikoquoten und einer größeren Einkommensspreizung ist in dem dargestellten Zeitraum offenkundig. Richtig ist aber auch, dass der Sozialstaat funktioniert: Die Ungleichheit der Markteinkommen wird in Deutschland mit am stärksten durch Steuern und Sozialtransfers korrigiert.

Und wir werden durch den Bericht auch in unserer Politik bestärkt: Angemessen entlohnte und sozialversicherte Beschäftigung ist der wichtigste Ansatz zur Vermeidung von Armut. Der weitere Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, um so eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen, die Schaffung von Bildungschancen von Anfang an und natürlich das Erreichen eines gesetzlichen Mindestlohns sind dabei für uns von zentraler Bedeutung.



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

Gesundheit

In Deutschland erhalten alle Menschen unabhängig von Alter und Einkommen die medizinische Versorgung, die sie im Krankheitsfall benötigen. Das deutsche **Gesundheitswesen** bietet für alle Bürger ein flächendeckendes Angebot an Gesundheitsleistungen und einen hohen Versorgungsstandard.

Wir wollen dieses Gesundheitswesen qualitativ auf hohem Stand und gleichzeitig finanzierbar erhalten. Das ist die Herausforderung, vor der unsere Gesundheitspolitik heute und auch in Zukunft steht. Dazu bedarf es eines umfassenden Systems gesundheitlicher Sicherung, das allen Bürgern wirksam und ohne Hindernisse zur Verfügung steht.

Mit dem **GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz** (GKV-WSG) haben wir in der Großen Koalition daher das Gesundheitssystem auf allen Ebenen weiterentwickelt und eine Grundlage dafür geschaffen, dass auch in Zukunft allen Menschen in Deutschland eine qualitativ hochwertige Versorgung im Krankheitsfall zur Verfügung steht. Bis zum Start des durch die Gesundheitsreform eingeführten Gesundheitsfonds am 1. Januar 2009 müssen noch weitere Regelungen gesetzlich umgesetzt werden. Zum 1. Januar 2010 sollen alle Kassen **insolvenzfähig** werden. Bisher gilt die Insolvenzordnung nur für die bundesunmittelbaren Krankenkassen. Die bisherige Haftung der Länder für Versorgungsansprüche der Beschäftigten der landesunmittelbaren Krankenkassen entfällt ab 1. Januar 2009.

Die Krankenkassen erheben ab 2009 für den Gesundheitsfonds einen **einheitlichen Beitragssatz**, der von der Bundesregierung durch Rechtsverordnung erstmals bis zum 1. November 2008 festgelegt werden muss. Die Krankenkassen erhalten dann aus dem Gesundheitsfonds Zuweisungen zur Deckung ihrer Ausgaben.

Für uns bleibt es aber bei dem langfristigen Ziel, ein solidarisch finanziertes Krankenversicherungssystem, die **Bürgerversicherung** für alle zu entwickeln. Deshalb haben wir bereits im Rahmen der Gesundheitsreform dafür Sorge getragen, dass nur solche Festlegungen getroffen wurden, die uns diesen Weg nicht verbauen. Dies gilt



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

nach der mittlerweile abgeschlossenen Pflegereform auch für eine von allen finanzierte Bürgerversicherung Pflege.

Mit dem im Koalitionsvertrag vereinbarten **Präventionsgesetz** sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Gesundheitsförderung und die Vermeidung von Krankheiten auch im Bereich der Sozialversicherungen und der privaten Krankenversicherung sowie der privaten Pflege-Pflichtversicherung gestärkt werden. Neben der Akutbehandlung, der Rehabilitation und der Pflege sollen Gesundheitsförderung und gesundheitliche Prävention zu einer eigenständigen Säule im Gesundheitswesen ausgebaut werden. Die Union blockiert dieses wichtige Vorhaben. Wir werden jedoch weiterhin auf der Umsetzung der Koalitionsvereinbarung bestehen und halten an diesem wichtigen Projekt auch für die Zeit nach 2009 fest.

Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, genetische Untersuchungen bei Menschen in einem **Gendiagnostikgesetz** zu regeln. Es sollen Regelungen insbesondere für genetische Untersuchungen zu medizinischen Zwecken sowie für den Bereich privater Versicherungen und des Arbeitslebens und auch über den Umgang und den Schutz dieser Proben und Daten getroffen werden. Die Eckpunkte haben wir in der Koalition und im Kabinett bereits beschlossen. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Projekt bald verwirklicht wird.

Familien

Ausbau von **Kinderbetreuung** und **Ganztagschulen**, die Einführung des **Elterngeldes** und des **Kinderzuschlags**, die **Lokalen Bündnisse für Familien** und die Allianz für mehr Familienfreundlichkeit in deutschen Unternehmen - das alles sind wichtige Hilfen für Familien. Und sie haben alle eines gemeinsam: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben die Konzepte entwickelt und zum größten Teil schon vor Jahren auf den Weg gebracht.



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

Damit haben wir der Familienpolitik ein zweites Standbein gegeben. Das wurde höchste Zeit. Denn die Regierung Kohl hatte in Deutschland unverdrossen eine sehr einseitige Familienpolitik betrieben. Investitionen in Infrastruktur, in Kitas und Ganztagschulen, kamen dabei viel zu kurz.

Deshalb haben wir mit unserer Regierungsübernahme im Jahr 1998 Familienpolitik entrümpelt und modernisiert. Neben das Standbein der finanziellen Förderung haben wir das zweite, wichtige Standbein „mehr Infrastruktur für Familien“ gesetzt. Das heißt vor allem mehr Kitas und Ganztagschulen. Und auch im Auge behalten, dass Familien Zeit für einander brauchen. Die finanziellen Hilfen haben wir aber keinesfalls vergessen. Mit diesem Mix aus Geld, Infrastruktur und Zeit sorgen wir für eine bessere und zeitgemäße Unterstützung aller Familien.

Wir verbessern die Bildungschancen aller Kinder und sorgen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dafür haben wir die **Kinderbetreuung** ausgebaut und verbessert, u. a. durch das 4-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm für den Ausbau von Ganztagschulen, das Tagesbetreuungsausbaugesetz, und jetzt durch das Kinderförderungsgesetz. Wir haben damit für mehr Ganztagschulen gesorgt, die frühkindliche Bildung für Unter-Drei-Jährige ausgebaut und führen nun den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab eins ein.

Zielorientierte finanzielle Hilfen für Familien und Kinder waren und sind uns wichtig. Durch die dreifache Kindergelderhöhung, die Wohngeldreformen, die bessere steuerliche Berücksichtigung erwerbsbedingter Betreuungskosten für Familien und zuletzt durch das Elterngeld haben wir für Familien ein solides finanzielles Fundament geschaffen. Als zielgenaue Unterstützung für Familien mit niedrigem Einkommen haben wir den Kinderzuschlag entwickelt und vor wenigen Wochen noch einmal verbessert. Außerdem haben wir dafür gesorgt, dass Kindererziehung in der gesetzlichen Rente und der Riester-Rente stärker berücksichtigt wird.



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

Mit der Einführung eines Rechtsanspruchs auf Teilzeit, der Flexibilisierung der Elternzeit und der Einführung der Partnermonate sorgen wir dafür, dass Mütter und Väter sich auch Zeit für ihre Familien nehmen können.

Im Juni 2008 hat das SPD-Präsidium einen **Aktionsplan für gleiche Lebenschancen** beschlossen. Mit 10 Handlungsansätzen haben wir uns verpflichtet, auf allen staatlichen Ebenen konkrete Schritte zur Vermeidung von Kinderarmut zu unternehmen. Wir verabschieden uns damit von der Praxis, dass Probleme zwischen den politischen Handlungsebenen verschoben statt gelöst werden.

Im Mittelpunkt unseres Konzepts steht die Verbesserung der **Bildungsqualität**. Mit einem deutlich besseren Personalschlüssel in Kitas ermöglichen wir die frühe und individuelle Förderung von Kindern. Das ist der Schlüssel, um elternhausbedingte Benachteiligungen auszugleichen. Außerdem werden wir Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen, in denen die Eltern in die frühpädagogische Erziehung gezielt einbezogen werden, und die kommunalen Jugendämter zu Dienstleistern weiterentwickeln, die Eltern unterstützen, begleiten und ihnen als Partner zur Seite stehen.

Jedes Kind muss dem Staat gleich viel Wert sein. Wir wollen den **Familienleistungsausgleich** daher so umgestalten, dass seine Wirkung für alle Familien gleich ist - egal, ob sie mehr oder weniger Einkommen haben. Unser Ziel ist, dass jedes Kind künftig finanziell gleich gefördert wird. Im Herbst 2008, wenn der Existenzminimumbericht vorliegt, werden wir konkrete Vorschläge für die Ausgestaltung eines solidarischen und gerechten Familienleistungsausgleichs vorlegen.

Kinder und Jugendliche haben eigene Rechte. Sie verdienen die besten Chancen, und zwar unabhängig von Bildung und Einkommen ihrer Eltern, ihrem Geschlecht und ihrer Herkunft. Wir wollen die **Kinderrechte im Grundgesetz** verankern, weil wir



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

damit unserer Forderung nach besseren Lebenschancen aller Kinder nochmals Nachdruck verleihen können.

Bildung/Forschung

In der **Bildungspolitik** ist unser Ziel klar: Wir wollen sozialen Aufstieg durch Bildung ermöglichen und gleiche Chancen auf gute Bildung für alle durchsetzen. Gute Bildung und Ausbildung für alle sind entscheidende Voraussetzungen für gute Zukunfts- und Teilhabechancen der Menschen und die beste Vorbeugung gegen Fachkräftemangel. Bildung muss vom Kindergarten bis zur Hochschule kostenfrei sein. Um die soziale Selektivität zu überwinden, müssen Kinder früher und besser individuell gefördert und die Durchlässigkeit im Bildungssystem gestärkt werden.

Ganztagschulen sind ein entscheidender Schlüssel für mehr Chancengleichheit. Mit dem SPD-initiierten 4-Milliarden-Programm zum Ausbau der Ganztagschulen haben wir im Jahr 2003 das größte Schulbauprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik aufgelegt. Mittlerweile sind fast 3 Milliarden Euro des Programms abgerufen und etwa 12.200 Einzelmaßnahmen an fast 6.400 Schulen durchgeführt worden. Die Förderung läuft noch bis 2009.

Wir wollen alle Jugendlichen beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf optimal unterstützen. Um das Ausbildungsangebot zu stärken, haben wir den **Ausbildungspakt** weiterentwickelt und bis 2010 verlängert. Außerdem haben wir die Ausbildungsförderung mit dem Jobstarter-Programm verstärkt, das Ausbildungsbildungsprogramm Ost fortgeführt, die Förderung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze durch die Bundesagentur deutlich intensiviert und die Maßnahmen zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) aufgestockt.

Die Zahl der Lehrstellen ist von 550.000 im Jahr 2005 auf 626.000 im Jahr 2007 gestiegen. Trotzdem machen uns die vielen Jugendlichen Sorgen, die schon länger vergeblich suchen. Deswegen haben wir den **Ausbildungsbonus für Altbewerber** und die Berufseinstiegsbegleitung auf den Weg gebracht. Beide Maßnahmen gehen



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

auf unsere Initiative zurück und sind zentrale Elemente der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung.

Um das **duale System der beruflichen Bildung** zu stärken, wollen wir die Ausbildungsordnungen weiter modernisieren, die Ausbildungsberufe zu Berufsfamilien zusammenführen und die Ganzheitlichkeit der Ausbildung und des Berufsprinzips bewahren.

Wir wollen an den **Hochschulen** ein gutes Studium für alle. Wir wollen, dass die Chance auf ein gutes Studium nicht von der sozialen Herkunft oder vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Und wir wollen mehr Durchlässigkeit in der Hochschulbildung.

Wir haben daher das **BAföG** zum Wintersemester 2008/09 erneut deutlich angehoben und ausgeweitet. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Erhöhung der BAföG-Fördersätze um 10 Prozent und der Einkommensfreibeträge um 8 Prozent in der Koalition durchgesetzt. Wir haben erreicht, dass das BAföG ein leistungsfähiges Instrument zum Abbau finanzieller Hürden beim Hochschulzugang bleibt.

Im Juni 2007 haben Bund und Länder den „**Hochschulpakt 2020**“ vereinbart. In der ersten Programmphase bis 2010 unterstützt der Bund die deutschen Hochschulen mit über 1,2 Milliarden Euro und trägt dabei zur Schaffung von rund 90.000 zusätzlichen Studienanfängerplätzen bei. Wir wollen den Hochschulpakt über das Jahr 2010 hinaus verlängern und zu einem „Pakt für die Studierenden“ machen. Im Mittelpunkt müssen konkrete Maßnahmen von Bund und Ländern zum weiteren Ausbau der Studienkapazitäten und zur Verbesserung der Lehre stehen.

Um mehr Aufstiegschancen zu eröffnen, setzen wir uns für die **Ausweitung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte** ein („Studium ohne Abitur“). Außerdem wollen wir die Föderalismusreform 2006 konsequent umsetzen und ein Bundes-hochschulgesetz zur Regelung von Hochschulzulassung und -abschlüssen auf den Weg bringen, um Transparenz, Qualität und Mobilität im Studium



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

bundeseinheitlich zu sichern. Wir wollen die Weiterbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit der Menschen über die gesamte Erwerbsbiographie sichern. Die **Weiterbildung** soll systematisch zur 4. Säule unseres Bildungssystems ausbauen. Unser Ziel ist es, die Beteiligung an der formalisierten Weiterbildung bis 2015 auf 60 Prozent zu erhöhen (2007: 43 Prozent).

Wir setzen uns daher für eine Novelle des **Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes** (Meister-BAföG) noch in diesem Jahr ein. Dabei wollen wir die förderfähigen Fortbildungen erweitern, die Förderleistungen verbessern und die Familien- und Migrantenförderung ausbauen. Außerdem werden wir eine Weiterbildungsprämie einführen.

Um mehr Chancen zur nachholenden Qualifizierung zu schaffen, werden wir in einem ersten Schritt bereits kurzfristig einen Rechtsanspruch auf den **nachträglichen Erwerb eines Hauptschulabschlusses** einführen. Perspektivisch wollen wir Rechtsansprüche auf Alphabetisierung und auf das Nachholen eines Berufsabschlusses durchsetzen.

Um die Weiterbildung zu stärken, steht für uns spätestens in der nächsten Legislaturperiode die Verabschiedung eines **Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes** auf der Tagesordnung, in dem v. a. Finanzierungsfragen, Rechtsansprüche sowie arbeitsrechtliche Aspekte für den Weiterbildungsbereich geregelt werden.

Wir wollen Fortschritt und Innovation für die Menschen und die Gesellschaft durch exzellente **Wissenschaft, Forschung und Entwicklung**. Im Rahmen des 25-Milliarden-Euro-Investitionsprogramms investieren wir in dieser Legislaturperiode über 6 Milliarden Euro zusätzlich in Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (FuE). Mit der High-Tech-Strategie hat die Große Koalition eine ressortübergreifende Innovationsstrategie zur Förderung von Spitzentechnologien gestartet.



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

Wir setzen uns dafür ein, den bis 2010 geschlossenen **Pakt für Forschung und Innovation** weiterzuentwickeln und zu verlängern, um den Wissenschafts- und Forschungsorganisationen eine verlässliche Perspektive zu geben. Außerdem werden wir noch in dieser Legislatur die Rahmenbedingungen für die Forschungseinrichtungen verbessern.

Die von der SPD initiierte **Exzellenzinitiative** hat zu einem dynamischen Aufbruch in der deutschen Hochschullandschaft geführt. Wir setzen uns für eine Fortsetzung der Initiative über 2011 hinaus ein. Dabei wollen wir gemeinsam mit den Ländern prüfen, wie eine sinnvolle Weiterentwicklung der Förderkonzeption aussehen kann.

Verkehr/Bauen

Die steigenden **Energiepreise** zeigen uns - unabhängig von der tatsächlichen Ursache der derzeitigen Preisentwicklung - deutlich, dass wir vor erheblichen gesellschaftlichen Veränderungen stehen. Bisher sind bei den allermeisten Entscheidungen Finanzierbarkeit, technische Machbarkeit oder soziale sowie ökologische Verträglichkeit, die wesentlichen Kriterien. In den kommenden Jahren werden Verfügbarkeit von Energie und energetische Effizienz zu zunehmend wichtigeren Kriterien werden. Damit wird der Energieverbrauch -und gleichzeitig der Ausstoß klimaschädlicher Gase - sinken.

Sozialdemokratische Politik hat zwei Kernelemente: Wir lassen die von diesem Wandel betroffenen Menschen nicht alleine. Gleichzeitig gestalten wir die neuen Entwicklungen sozial sowie wirtschaftlich und ökologisch verträglich.

Mobilität - sei es die Mobilität von Menschen oder der Transport von Gütern - hat in unserer Gesellschaft einen sehr hohen Stellenwert. Diese Mobilität wollen wir auch künftig ermöglichen. Das gilt für berufsbedingte Mobilität wie für Mobilität in der Freizeit.

Im Mittelpunkt der Diskussion steht dabei der motorisierte Individualverkehr, also vor allem das Auto. Mit technischen Neuerungen sowie mit Umwelt-



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

und damit geldbeutelchonendem Fahrverhalten lassen sich Energiekosten und Umweltbelastungen senken. Hier wollen wir unterstützen. Bei der Frage der **Pendlerpauschale** warten wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ab. Es ist zu erwarten, dass das Bundesverfassungsgericht bei seiner Entscheidung die verfassungsrechtlichen Maßstäbe für die steuerliche Berücksichtigung von Fahrtkosten darlegen wird. Aus dieser Entscheidung wird die Politik Schlüsse ziehen und sie bei einer gegebenenfalls erforderlichen Anpassung der Entfernungspauschale berücksichtigen.

Die Automobilindustrie in Deutschland ist ein wichtiger Innovations-, Wachstums- und Beschäftigungsträger. Deshalb unterstützen wir die Automobilindustrie dabei, neue kostengünstige und effiziente Lösungen zu entwickeln. Von zentraler Bedeutung ist dabei die **Geschäftswagendiskussion**. In der von den deutschen Herstellern dominierten Premiumklasse sind mehr als 60 Prozent der verkauften PKW Geschäftswagen. Die Geschäftswagenflotten zeichnen sich heute weder durch besondere Umwelteigenschaften noch durch besonders günstigen Verbrauch aus. Auch um die Innovationsdynamik in der deutschen Automobilindustrie zu unterstützen, brauchen wir künftig Instrumente, die energieeffiziente Geschäftswagen im Premiumsegment und den energiebewussten Einsatz dieser Geschäftswagen fördern.

Immer wichtiger wird aber auch der Umstieg auf andere Verkehrsträger. Im Fernverkehr wird die Nutzung der **Bahn** damit attraktiver. Voraussetzung ist, dass die Bahn auf diese Kunden zugeht. Der Maßstab ist hier nicht allein Geschwindigkeit. Wichtig sind vielmehr Zuverlässigkeit, höhere Energieeffizienz und damit geringere Kosten, eine bessere Vernetzung der Verbindungen und eine intensivere Erschließung der Fläche. Mit der Teilprivatisierung haben wir die finanziellen Möglichkeiten dafür geschaffen. Jetzt geht es um die Umsetzung.

Im **Güterverkehr** setzen wir auf Effizienz und Verkehrsverlagerung. Auch hier spielt die Bahn eine zentrale Rolle. Wir brauchen erhebliche Investitionen in das



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

Schienenetz, um die Verkehrsverlagerung überhaupt zu ermöglichen. Mittelfristig ist unser Ziel der Aufbau eines eigenen Güterverkehrsnetzes zwischen den wichtigsten Wirtschaftsräumen und den deutschen Seehäfen.

Auch die Bau-, die Wohn- und die Stadtentwicklungspolitik werden in den kommenden Jahren von der energetischen Dimension bestimmt sein. Bei künftigen politischen Entscheidungen gehen wir von folgenden Leitideen aus:

Die meisten Menschen gehen bereits heute sparsam mit **Energie** um. Schon heute ist der Anteil der Energiekosten an den Ausgaben bedürftiger Haushalte spürbar hoch. Viele Menschen haben kaum mehr Möglichkeiten, im Alltag noch mehr Energie einzusparen. Sie können sich neue energiesparende Haushaltsgeräte nicht leisten und stromfressende Nachtspeicheröfen und Elektroboiler nicht ersetzen.

Diesen Menschen ist mit der **energetischen Sanierung** der Wohnung geholfen. Generell gilt: Die größten und vergleichsweise kostengünstig zu erschließenden Energieeinsparpotentiale liegen im Gebäudebestand. Mit der Energieeinsparverordnung 2009 können bis 2020 zusätzlich bis zu 50 Milliarden Euro Heizkosten eingespart werden. Neben der Effizienzsteigerung in jedem einzelnen Gebäude durch eine bessere Wärmedämmung, einer effizienten Energieumwandlung sowie dem verstärkten Einsatz Erneuerbarer Energien (auch im Altbaubestand) müssen künftig noch stärker die Potentiale zur Energie- und CO₂-Einsparung durch dezentrale Wärme-Energieversorgungssysteme erschlossen werden.

Wir müssen auf der einen Seite sicherstellen, dass angesichts steigender Energiepreise insbesondere die Mietshäuser energetisch saniert werden - und zwar ohne zusätzliche Belastung der Bewohner mit kleinen Einkommen. Denn: Führen energetische Sanierungen zu Mieterhöhungen werden damit zahlungsschwächere Haushalte letztendlich vertrieben. Diese Form der Stadtentwicklung kann nicht gewollt sein. Sollten hier Zuschussprogramme nicht ausreichen, sollten wir auch über ordnungsrechtliche Forderungen nachdenken.



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

Zum anderen heißt das, dass wir den Menschen direkt helfen müssen. Die Novellierung des Wohngeldes war deshalb ein richtiger Schritt. Daran gilt es anzuknüpfen.

Angesichts steigender **Energiepreise** halten wir es für notwendig, mit einem Paket von Maßnahmen die Verbraucher zu unterstützen, z. B. durch:

- Soziale Tarifgestaltung mit Vorteilen für große Familien und für Einkommensschwache.
- Verbesserte und dynamische Energiekennzeichnung von Haushaltsgeräten (Top Runner).
- Intensive Aufklärung über Energieeffizienz und Energieeinsparmöglichkeiten.

Umwelt/Klimaschutz

Deutschland bereitet sich auf eine CO₂-Minderung um 40 % bis zum Jahr 2020 vor. Dazu ist das ambitionierteste **Energie- und Klimaprogramm** der Geschichte mit 29 Maßnahmen aufgelegt worden. Damit sollen ca. 35 % CO₂-Minderung erbracht werden. Zum ersten Paket gehören insbesondere die Novelle der Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien (EEG) und aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWKG), eine Einsatzpflicht für erneuerbare Energien im Neubau (EEWärmeG) sowie die Liberalisierung im Mess- und Zählwesen. Ein zweites Paket besteht aus einem Energieleitungsausbaugesetz, der Novelle der Energieeinsparverordnung (EnEV), der Heizkostenverordnung der Mauthöhenverordnung und auch in der Umstellung der Kfz-Steuer auf CO₂-Emission kommt. Ökologie und Ökonomie sind keine Gegensätze - im Gegenteil. Deutschland ist Weltmarktführer bei den **Erneuerbaren Energien** - das hat auch Auswirkungen auf die Arbeitsmarktbilanz. Bis heute sind allein im Bereich der Erneuerbaren Energien ca. 250.000 Arbeitsplätze entstanden. 500.000 weitere Arbeitsplätze können bis 2020 hinzukommen.

Es ist aber schon heute klar, dass die beiden **Klimapakete** der Bundesregierung nicht ausreichen werden, um den Abbau von 40 % der CO₂-Emissionen zu erreichen. Daher sind zusätzliche Maßnahmen erforderlich, um die noch „fehlenden“ 5-10 %-Punkte sicherzustellen. Dazu muss insbesondere der künftige Kraftwerkspark, der



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

Bereich Mobilität wie auch der Energiebedarf in Unternehmen und privaten Haushalten flexibler und umweltgerechter angelegt sein. Dazu sind u. a. folgende Instrumente bedeutsam:

- Wir müssen die Energieeffizienz deutlich steigern. Dazu muss vor allem im Gebäudebestand der Heizbedarf stärker gesenkt werden, damit er zur CO₂-Minderung beitragen kann.
- Least Cost Planning durch Energieversorger und Netzbetreiber (hier anerken- nungsfähige Kosten im Zuge der Regulierung), um Energieeinsparung zur Einnahmequelle zu machen.
- Notwendig ist eine Modernisierung des Kraftwerkssektors u. a. durch die volle Auktionierung der Emissionszertifikate ab 2012 und ein aktualisiertes Genehmigungsrecht.
- Einbindung des Flugverkehrs in den Emissionshandel mit voller Auktionierung.

Für uns bleibt es dabei: Es gibt keinen Ausstieg aus dem **Atom-Ausstieg**. Da die Endlagerfrage für stark radioaktive Abfälle nach wie vor ungeklärt ist, wird es in dieser Legislaturperiode auch kein Endlagersuchgesetz mehr geben.

Verbraucherschutz

In der **Verbraucherpolitik** fordern wir eine Ampelkennzeichnung bei Lebensmitteln nach britischem Vorbild, die Nährwerte wie Zucker und Fett farblich kennzeichnet und hierdurch eine schnelle Vergleichbarkeit bei Fertigprodukten im Supermarkt ermöglicht. Der Vorschlag von Bundesminister Seehofer einer freiwilligen Kennzeichnung springt zu kurz, weil er auf der Grundlage des Industrie-Modells (GDA) durch zu viele Informationen und teilweise irreführende Portionsgrößen sowie einen überhöhten Tagesbedarf die Verbraucher verwirrt.

Im Bereich digitaler Dienstleistungen werden wir Verbraucherrechte verstärkt durchsetzen. Über Telefon und Internet Verträge abzuschließen, muss genauso sicher sein wie in Papierform, das Widerrufsrecht muss vollständig gültig und ein Missbrauch von Daten ausgeschlossen sein. Bei Vergabe von Krediten oder auch



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

der Einstufung von Kunden dürfen in Bewertungssystemen (Scoring) nur transparente, vom Kunden selbst zu beeinflussende Daten verwendet werden.

Recht

Mit der **ersten Stufe der Föderalismusreform** haben wir für mehr Klarheit in unserer föderalen Ordnung sowie für eine Stärkung der europapolitischen Kompetenz des Gesamtstaates gesorgt. Die Zahl der Zustimmungspflichtigen Gesetze sinkt und für die Bürgerinnen und Bürger ist nun wieder klarer erkennbar, welche politischen Entscheidungen der Bund und welche die Länder zu verantworten haben.

In einer zweiten Stufe der Reform des Föderalismus (**Föderalismus II**) überarbeiten wir seit März 2007 in der Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen insbesondere die finanziellen Beziehungen zwischen dem Bund und den Ländern. Schwerpunkt der Verhandlungen sind auch der Abbau der Schulden der öffentlichen Haushalte sowie eine Reform der Verwaltungsstrukturen. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, gesetzesreife Vorschläge zu Beginn des Jahres 2009 vorzulegen, damit auch diese Reform noch in dieser Legislaturperiode erfolgreich abgeschlossen werden kann.

Unser gesellschaftliches Zusammenleben bekommt durch rechtliche Regeln seinen Rahmen. **Rechtspolitik** gestaltet ganz wesentlich das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zum Staat und auch untereinander.

Wir wollen und wir sind dazu verpflichtet, unsere Bürgerinnen und Bürger bestmöglich **vor Straftaten zu schützen**. Die Gewährleistung der **inneren Sicherheit** und die **Wahrung der Bürgerrechte** stehen in einem Spannungsverhältnis, jedoch nicht in einem Gegensatz zueinander. Der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Schutz vor kriminellen oder terroristischen Gewaltakten durch den schützend eingreifenden Staat ist selbst ein Bürgerrecht. Die mit den Mitteln des Rechtsstaats gewährleistete Sicherheit ist eine Grundvoraussetzung



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Freiheitsrechte konkret wahrnehmen, indem sie ihr privates und soziales Leben ohne Furcht gestalten können. Damit stehen letztlich das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf eine unangetastete Privatsphäre und ihr Anspruch auf Schutz vor Kriminalität in einem Spannungsverhältnis. Vernünftige Rechtspolitik trägt beidem Rechnung und muss dieses Spannungsverhältnis in ein ausgewogenes System aus Eingriffsbefugnissen und Abwehrrechten übernehmen.

In diesem Sinne haben wir insbesondere für die zunehmende Anzahl von **Stalking-Opfern** mit dem Gesetz zur Strafbarkeit beharrlicher Nachstellungen eine besondere Schutzvorschrift geschaffen. Wir haben außerdem die **Führungsaufsicht** reformiert und damit die Kontrolle und Betreuung von Verurteilten, die ihre Strafe voll verbüßt haben oder aus einer Klinik für psychisch- oder suchtkranke Täter entlassen wurden, verbessert. Durch die Reform des **Maßregelvollzugs** haben wir die Unterbringung von Straftätern in einem psychiatrischen Krankenhaus oder einer Entziehungsanstalt effektiver an den Therapiezielen orientiert. Wir sind es, die in der Großen Koalition für eine ausgewogene Gesetzgebung sorgen. So haben wir bei der Neufassung der Regelungen der **Telekommunikationsüberwachung** und weiterer verdeckter Maßnahmen darauf geachtet, dass hohe, grundrechtssichernde Schwellen in das Gesetz aufgenommen wurden.

Die vornehmste Aufgabe des Rechts ist der **Schutz des** Schwächeren. Dieser Grundsatz war immer und wird auch immer eine der Leitlinien unserer **Rechtspolitik** sein.

Schutz durch Rechtspolitik spielt aber gerade auch für Kinder und Familien eine große Rolle. Wir haben erreicht, dass Familiengerichte und Jugendämter zum **Schutz gefährdeter Kinder** in Zukunft besser zusammenwirken und im Fall einer Gefährdung des Kindes präziser eingreifen können. Noch in der Großen Koalition werden wir durch eine umfassende Reform des familiengerichtlichen Verfahrens die Voraussetzungen dafür schaffen, dass insbesondere Kindschaftssachen



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

beschleunigt abgeschlossen, einvernehmliche Lösungen gefördert und die Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte betroffener Kinder gestärkt werden.

Eine **moderne Rechtsordnung** muss einer sich ständig veränderten Lebenswirklichkeit Rechnung tragen. Wir sind der Motor, der unsere moderne Gesellschaft fördert und unseren Rechtsstaat modernisiert. Mit dem **Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz** (AGG) haben wir teilweise über die europäischen Vorgaben hinausgehend dafür gesorgt, dass Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft, Behinderung, Alter, Geschlecht, Religion, Weltanschauung oder sexuellen Orientierung nicht ungerechtfertigt benachteiligt werden. Wir haben gegenüber zahlreichen Einwendungen der Union auch das **Unterhaltsrecht** umfassend einer geänderten Lebenswirklichkeit angepasst. Auch in sogenannten „Patchwork-Familien“ steht nun das Kindeswohl hinsichtlich der Unterhaltsberechtigung an erster Stelle.

Rechtspolitik findet auch auf Gebieten statt, in denen die Diskussion über grundlegende gesellschaftspolitische Fragen noch nicht abgeschlossen ist. Diese Diskussion ist umso wichtiger, wenn gegensätzliche Standpunkte aufeinander treffen. Wir erleben dies gerade bei einem Thema, das weit über die Rechtspolitik hinaus existenzielle Fragen jedes Einzelnen berührt: die gesetzliche Regelung der **Patientenverfügungen**. Noch vor der Sommerpause werden wir einen Gruppenantrag zur Regelung der Patientenverfügung beraten.

Rechtspolitik ist auch **Verbraucherschutz**. Wir haben uns in der Großen Koalition für den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher eingesetzt und wichtige Projekte abgeschlossen. So haben wir mit einer umfangreichen **Reform des Versicherungsvertragsgesetzes** für einen gerechten Interessenausgleich zugunsten der Versicherten gesorgt. Mit dem Gesetz zum Pfändungsschutz der Altersvorsorge haben wir eine **abgesicherte Altersvorsorge auch für Selbstständige** ermöglicht.



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

Deutschland ist ein Land geistiger Innovationen. **Kreativität muss sich lohnen.** Deshalb stehen wir auch in Zukunft vor der Herausforderung, in einer modernen Mediengesellschaft mit technisch fast unbegrenzten und sich stetig entwickelnden Möglichkeiten, **Urheber und Erfinder** umfassend zu schützen. Wir haben in dieser Legislaturperiode mit dem **Zweiten Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft („2. Korb“)** das Urheberrecht an die Bedingungen des digitalen Zeitalters angepasst. Mit dem **Gesetz zur Verbesserung der Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums** haben wir den Kampf gegen Produktpiraterie erleichtert und das geistige Eigentum gestärkt. Diese rechtspolitischen Linien wollen wir bis zum Ende dieser Wahlperiode und auch darüber hinaus fortsetzen. Noch in dieser Legislaturperiode wollen wir zahlreiche Vorhaben auf den Weg bringen und abschließen. Beispielhaft seien nur genannt:

- **Änderung des VW-Gesetzes.** Wir haben die Absicht, das bewährte VW-Gesetz so weit wie möglich zu erhalten. Es sollen daher lediglich die Regelungen aufgehoben werden, die der Europäische Gerichtshof für europarechtswidrig erklärt hat. Insbesondere wollen wir die Mitbestimmungsregel bei Errichtung und Verlegung von Produktionsstätten beibehalten, wonach es der notwendigen Zustimmung des Aufsichtsrats mit 2/3 Mehrheit und damit auch der „Arbeitnehmerbank“ bedarf.
- **Verständigung im Strafverfahren:** Der „Deal“ gehört zur strafprozessualen Realität. Wir wollen die urteilsvorbereitende Verständigung im Strafverfahren endlich auf eine sichere rechtsstaatliche Grundlage stellen.
- **Neuregelung des Versorgungsausgleichs:** Unser Ziel ist die Vereinfachung der bislang hochkomplizierten und von den Beteiligten selbst nicht nachvollziehbaren Aufteilung der Rentenansprüche im Scheidungsfall.
- **Verbesserung des Verbraucherschutzes beim Kreditverkauf:** Diejenigen, die ihr Haus auf Kreditbasis erworben haben werden durch den Verkauf der Kreditforderungen nachhaltig verunsichert. Einige Kreditkäufer scheinen vorrangig an der Verwertung der Häuser interessiert zu sein. Deshalb werden wir den Schutz des Kreditnehmers bei grundpfandrechtlich abgesicherten Darlehen erhöhen.



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

- **Stärkung der Fahrgastrechte im öffentlichen Personenverkehr:** Wir werden die Entschädigung bei Zugausfällen und -Verspätungen verbraucherfreundlich gestalten und eine entsprechende EU-Verordnung vorzeitig in Kraft setzen.
- **Bekämpfung unerlaubter Telefonwerbung.** Wir werden die Verbraucherposition stärken, indem wir die Möglichkeit verbessern, sich leichter von telefonisch abgeschlossenen Verträgen zu lösen. Für bestimmte Formen rechtswidriger Telefonwerbung werden wir ein Bußgeld einführen.

Innen

Unsere Sicherheitspolitik ist eine Sicherheitspolitik nach Augenmaß. Wir sehen es als zentrale Herausforderung des Staates an, das berechtigte Sicherheitsinteresse der Menschen zu wahren und zu schützen, ohne dabei die individuelle Freiheit des Einzelnen zu missachten.

Der Gesetzentwurf zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus durch das Bundeskriminalamt (**BKA-Gesetz**) wird uns noch nach der Sommerpause beschäftigen. Wir werden im Herbst eine entsprechende Anhörung durchführen. Eines ist klar: Einer Befugnisnorm zur Online-Durchsuchung stimmen wir nur zu, wenn die verfassungsrechtlichen Vorgaben gewahrt sind.

Insgesamt gilt im Bereich **der inneren Sicherheit**, dass zusätzliche Forderungen nach neuen Maßnahmen oder schärferen Gesetzen nicht nur dahingehend geprüft werden müssen, ob sie tatsächlich mehr Sicherheit bringen könnten, sondern auch, ob sie mit den Grundwerten unserer Verfassung vereinbar sind.

Wir lehnen eine Politik ab, die Ängste schürt, um sich auf Kosten der Freiheitsrechte zu profilieren. Auch die Forderung nach dem Einsatz der Bundeswehr für polizeiliche Aufgaben im Inneren untergräbt die Glaubwürdigkeit einer Sicherheitspolitik, die auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit abstellt.

Wir setzen uns in dieser Legislaturperiode für einen effektiven **Datenschutz** ein und gewährleisten das Recht auf informationelle Selbstbestimmung - auch gegen den



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

Widerstand der Union. Datenschutz ist für uns kein lästiges Übel sondern konstitutiv für unseren Rechtsstaat. Deshalb streben wir die Einführung eines Bundesdatenschutzaudits an. Das Audit fördert die Eigenverantwortung der Unternehmen durch Selbstkontrolle und Selbstregulierung. Es belohnt die Teilnehmer mit der Möglichkeit, mit dem Datenschutz-Audit zu werben und das Vertrauen von Nutzern zu gewinnen.

Im vergangenen Jahr haben wir im Ausländer- und Asylrecht elf europäische Richtlinien umgesetzt und Änderungen in Ausübung nationaler Kompetenz vorgenommen. Zentraler integrationspolitischer Erfolg der SPD ist die sog. **Altfallregelung**. Sie eröffnet geduldeten Ausländern, die sich seit acht bzw. sechs Jahren in Deutschland aufhalten, die Möglichkeit eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis zu bekommen. Das Aufenthaltsgesetz sieht vor, dass die Länder Härtefallkommissionen einrichten können, um ausreisepflichtigen Ausländern in humanitären Härtefällen ein Bleiberecht zu verschaffen. Die Regelung ist bis Ende 2009 befristet worden. Nachdem die Länder gute Erfahrungen mit ihr gemacht haben, treten wir dafür ein, diese Regelung zu entfristen.

Im Ausländerrecht wird uns weiterhin auch die **Einrichtung einer nationalen Einladerund Warndatei** beschäftigen. Im Ausländerzentralregister sollen die Daten von Visa-Antragstellern, ihren Einladern sowie Verpflichtungsgebern und Referenzpersonen gespeichert werden. Ziel ist die Verhinderung von Visamissbrauch und illegaler Einreise, wie dies im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Die Union möchte neben den Zugriffsmöglichkeiten der Auslandsvertretungen auch den Zugriff von Sicherheitsbehörden. Dafür sind ist aus unserer Sicht klar definierte Kriterien und enge rechtsstaatliche Grenzen notwendig.

Europa

Nach dem Scheitern des ursprünglichen Verfassungsvertrages war es der Bundesregierung und insbesondere unserem Außenminister Frank-Walter Steinmeier im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gelungen, mit der



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

Einigung auf den **Vertrag von** Lissabon den Stillstand im europäischen Reformprozess zu überwinden. Nach dem ablehnenden irischen Referendum in der vergangenen Woche wäre es voreilig, den Vertrag von Lissabon für gescheitert zu erklären. Es kommt nun darauf an, dass der Ratifizierungsprozess weiter fortgesetzt wird. Denn die Zielsetzung des Vertrags von Lissabon, die Gestaltung einer handlungsfähigen, demokratischen und transparenten Europäischen Union, bleibt weiter richtig und notwendig. Gleichzeitig wird es darauf ankommen, gemeinsam mit der irischen Regierung Wege auszuloten, wie Irland weiter einbezogen werden kann.

Durch den Vertrag von Lissabon würde die soziale Dimension der Europäischen Union gestärkt. So betont der Vertrag die soziale Marktwirtschaft mit Preisstabilität und Vollbeschäftigung als zentrales Ziel der Union. Einer reinen Wettbewerbsausrichtung wird damit eine klare Absage erteilt. Wir werden uns unabhängig von der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon dafür einsetzen, dass diese soziale Dimension mit Leben erfüllt wird.

Die Diskussion zur **Dienstleistungsrichtlinie** zu Beginn der Legislaturperiode hat gezeigt, dass die Menschen ein rein auf den Markt fixiertes Europa ablehnen. Mit Hilfe unserer Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament ist es gelungen, die Dienstleistungsrichtlinie vom Kopf auf die Füße zu stellen und das Herkunftslandprinzip durch das Prinzip des freien Marktzugangs zu ersetzen. Wir haben damit ein wichtiges Zeichen gegen einen Qualitäts- und Lohnwettlauf nach unten gesetzt.

Mehrere Urteile des **EuGH** in diesem Frühjahr, wie z. B. das Ruffert-Urteil, machen jedoch deutlich, dass die Gefahr bei weitem nicht gebannt ist. Deshalb müssen wir unbedingt national unsere Hausaufgaben machen und durch die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen, wie sie im Übrigen die meisten EU-Mitgliedstaaten haben, solchen Entwicklungen Einhalt gebieten. Wir werden uns aber auch dafür einsetzen, dass das Entsenderecht künftig nicht mehr als Einfallstor für Lohndumping genutzt werden kann.



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

Wir drängen darauf, mit der durch die Europäische Kommission angekündigten revidierten Sozialagenda rasch weitere Fortschritte für ein **Soziales Europa** zu erzielen. Wir müssen Rahmenbedingungen für "Gute Arbeit" schaffen. "Gute Arbeit" in Europa heißt: Geltung sozialer Mindeststandards, die allen Arbeitnehmer/innen ein Mindestmaß an sozialem Schutz europaweit garantieren. Nur so kann ein ruinöser Wettbewerb um Arbeits- und Sozialstandards verhindert und das europäische Sozialmodell erhalten und fortentwickelt werden. In diesem Zusammenhang kommt den europäischen Betriebsräten eine herausragende Bedeutung zu. Damit sie europaweit für gemeinsame Standards in den Konzernen sorgen können, müssen ihre Arbeitsgrundlagen und Beteiligungsrechte dringend verbessert werden. Die Revision der europäischen Betriebsräterichtlinie, die die Rechte der europäischen Betriebsräte stärkt, muss deshalb zentraler Bestandteil der Sozialagenda sein.

Internationales

Für uns Sozialdemokraten gilt der Grundsatz: **Außenpolitik** ist Friedenspolitik. Friedenspolitik steht in der politischen Tradition Willy Brandts und sie ist unser Leitmotiv. Sie ist eine Politik des Dialogs und des Ausgleichs.

Dabei steht die **Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik** traditionell im Fokus unserer Sicherheitspolitik. Die unterzeichneten Verträge über die Reduzierung schwerer konventioneller Waffensysteme müssen umgesetzt werden, nicht nur in Russland, sondern auch in der NATO. Streubomben müssen komplett aus den Beständen der Bundeswehr entfernt werden.

Der russisch-amerikanische Vertrag über die Begrenzung strategischer Atomwaffen, der im nächsten Jahr ausläuft, muss erneuert werden. Die SPD unterstützt Abrüstung und Rüstungskontrolle auf vertraglicher Grundlage. Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist die vollständige Abrüstung von Atomwaffen, die Nichtverbreitung von Waffen und Massenvernichtungsmitteln sowie der Ausbau und die effiziente Gestaltung des internationalen Systems zur Rüstungskontrolle.

Mit der **Task Force Afghanistan** verfügt die SPD-Fraktion seit Oktober 2006 über eine fachübergreifende Arbeitsgruppe, die unser Engagement in und um Afghanistan



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

politisch begleitet. Die Task Force hat im Herbst 2007 einen ersten Bericht vorgelegt, in dem sie nach intensiven Diskussionen mit Experten, mit Angehörigen der deutschen Ministerien, mit afghanischen Parlamentariern und Regierungsvertretern, sowie mit Vertretern von Partnerländern Vorschläge erarbeitet und Forderungen an die Bundesregierung formuliert hat. Diese fanden u. a. Eingang in den entsprechenden Leitantrag auf dem Hamburger SPD-Bundesparteitag. Ein weiterer Bericht mit Schwerpunkt auf den zivilen Aufbaubereich ist zurzeit in Arbeit und soll im Herbst 2008 vorgelegt werden.

Seit annähernd zehn Jahren befindet sich die **Bundeswehr** im größten Umgestaltungsprozess ihrer Geschichte. Diesen Transformationsprozess der Bundeswehr wollen wir weiterführen. Transformation bedeutet die fortlaufende und vorausschauende Anpassung an die sich ändernden sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen. Dadurch soll die Wirksamkeit der Bundeswehr als Einsatzarmee erhöht und auf Dauer gestaltet werden. Für die Sozialdemokratie gilt in diesem Zusammenhang der Grundsatz, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr nur auf der Grundlage eines UNO-Mandats und abgestützt auf einen konstitutiven Beschluss des Bundestages erfolgen können. Eine Aufweichung des verfassungsrechtlich und politisch bewährten parlamentarischen Verfahrens wird die SPD nicht akzeptieren.

Wichtig ist uns auch unsere Arbeit am Konzept zur **Einführung eines Freiwilligen Wehrdienstes**. Wir setzen deshalb auf eine Fortentwicklung der Wehrpflicht, unter Beibehaltung der Musterung und Wehrgerechtigkeit, die die Möglichkeit einer flexiblen Bedarfsdeckung des erforderlichen Bundeswehrpersonals mit einer Stärkung des freiwilligen Engagements in der Bundeswehr verbindet. Einberufen werden sollen nur noch diejenigen, die sich zuvor bereit erklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr leisten zu wollen. Wir wollen eine Neuauflage eines Attraktivitätsprogrammes zur Gewinnung von Nachwuchskräften für Bundeswehr und Bundeswehrverwaltung. Wir halten außerdem fest an rechtlichen Klarstellungen zum



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertr. Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien

Thema Einsatz der Bundeswehr im Inneren und auf „Hoher See“ im Sinne unseres Hamburger Parteitagbeschlusses.

Der Schutz und die Förderung der **Menschenrechte** sind für die SPD sowohl in den auswärtigen Beziehungen als auch im innerstaatlichen Bereich Leitlinien unserer Politik. Menschenrechtspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen Politikbereichen, seien sie international oder innenpolitisch orientiert, erfüllt werden muss. Für die SPD ist Menschenrechtspolitik weder beifallerhaschende Schaufensterpolitik noch das gefällige Sahnehäubchen politischen Handelns. Menschenrechtspolitik muss entschiedene Realpolitik mit Glaubwürdigkeit und Kohärenz sein.

Die SPD hat **Entwicklungspolitik** seit dem Regierungswechsel 1998 aus dem Schattendasein herausgeholt und wieder zu einem zentralen Thema auf der nationalen, europäischen und internationalen Agenda gemacht. Entwicklungspolitik wurde zu einem elementaren Bestandteil globaler Struktur- und Friedenspolitik aufgewertet.

Das überwölbende Ziel sozialdemokratischer Entwicklungszusammenarbeit ist die Bekämpfung von Hunger und Armut. Der Entwicklungspolitik kommt mit ihrem Beitrag zu politischer, ökonomischer, ökologischer und sozialer Stabilität eine verantwortliche Rolle in der internationalen Politik zu. Wir wollen Globalisierung sozial gerecht und demokratisch gestalten, um die zunehmende Spaltung der Welt in Arm und Reich zu verhindern.

Für eine Kontinuität unserer entwicklungspolitischen Ziele und Schwerpunkte ist eine Weiterentwicklung der globalen Strukturpolitik in Richtung verbesserter Global Governance ebenso notwendig wie die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele und der Entwicklung neuer Antworten auf die besonderen Herausforderungen der Zukunft: Klimawandel, Ressourcenverknappung, Gerechtigkeitslücken und Naturkatastrophen mit ihren Folgen.